



**Internationaler
Aktionstag
6. März 2008
zum Protest
gegen die
Inhaftierung
der iranischen
Spitzen-
gewerkschafter
und für ihre
sofortige
Freilassung**

Am Donnerstag
6. März 2008,
protestieren in
der ganzen Welt
Tausende von
Gewerkschafter-
Innen und
Menschenrechts-
aktivistInnen
gegen die
Inhaftierung
zweier
Gewerkschafts-
führer durch die
Islamische
Republik Iran.

Seite 2



Calmy-Rey in der Propaganda- Falle des Mullahregimes

wachsende Kritik an Aussenministerin
wegen der Iran-Reise

Bundesrätin Calmy-Rey habe sich vom iranischen Regime instrumentalisieren lassen, sagen Kritiker in der Schweiz und im Ausland. Nach ihrer Rückkehr aus Teheran sieht sich Bundesrätin Micheline Calmy-Rey mit wachsender Kritik konfrontiert. Auf einhellige Kritik im In- und Ausland stösst Calmy-Reys Auftritt mit Irans Präsident Ahmadinejad.

CVP-Präsident Christophe Darbellay hält Calmy-Reys Vorgehen für «nicht nachvollziehbar»: «Sie hätte merken müssen, dass sie für Propaganda missbraucht wird.» Auch FDP-Nationalrätin Christa Markwalder meint, Calmy-Rey habe sich «instrumentalisieren» lassen.

Selbst die eigene Partei ist «skeptisch», wie SP-Generalsekretär Thomas Christen sagt, «weil Ahmadinejad ein Holocaust-Leugner und bekennender Israel-Hasser ist».

Seite 4



**Internationalen
Tag der Frauen;
Protest gegen die
Situation der
Frauen im Iran**

Seite 3



**Europäische
Union kritisiert die
Parlamentswahlen
im Iran**

Seite 5

**Ungereimtheiten
bei Auszählung
der Scheinwahlen
im Iran**

Seite 6



**Neue Resolution
des UN-
Sicherheitsrates
gegen Iran**

Seite 7

**Weitere
Zeitschriften im
Iran verboten**

Seite 8

Internationaler Aktionstag 6. März 2008 zum Protest gegen die Inhaftierung der iranischen Spitzengewerkschafter und für ihre sofortige Freilassung!

Am Donnerstag 6. März 2008, protestieren in der ganzen Welt Tausende von GewerkschafterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen gegen die Inhaftierung zweier Gewerkschaftsführer durch die Islamische Republik Iran. Die International Trade Union Confederation (ITUC) und die Internationale Transportarbeiter-Föderation haben den 6. März zum internationalen Aktionstag erklärt. Wir wollen, dass Mansour Osanloo und Mahmoud Salehi sofort und bedingungslos freigelassen werden. Ihr Gesundheitszustand im Gefängnis verschlechtert sich jeden Tag.

Mansour Osanloo, Vorsitzender der Gewerkschaft des Busbetriebs Teheran und Umgebung (VAHED), wurde am Sonntag, dem 19. November 2006 unmittelbar nach einer Augenoperation wieder inhaftiert. Er wurde bei der Festnahme schwer misshandelt. Bei der Festnahme von Osanloo wurde auch ein weiteres Vorstandsmitglied, der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, Ebrahim Madadi, misshandelt und verprügelt.

Der zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilte und im berüchtigten Evin - Gefängnis Teheran inhaftierte Vorsitzende der Gewerkschaft der ArbeiterInnen der Vahed-Busgesellschaft, Mansour Osanloo ist erneut an einem bei seiner Verhaftung verletzten Augen (das andere ist zwischenzeitlich erblindet) offenbar mit gewissem Erfolg operiert worden; obwohl sowohl die behandelnden MedizinerInnen wie auch die Gefängnisverwaltung laut einer Meldung des ILRW einem Hafturlaub von anderthalb Monaten aus gesundheitlichen Gründen zugestimmt haben, scheint die iranische Justiz diese medizinisch notwendige Massnahme derzeit blockieren zu wollen.

Mahmoud Salehi ist ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter und im Iran als Gewerkschaftsaktivist bekannt. Am 9 April, 2007 erschien der Befehlshaber der Sicherheitskräfte von Saez an Mahmoud Salehis Arbeitsstelle und bat ihn zu einer Unterredung über die Feiern zum 1. Mai mitzukommen. Im Büro des Staatsanwalts

wurde ihm dann eröffnet, dass das für Kurdistan zuständige Berufungsgericht in dem gegen Mahmoud anhängigen Strafverfahren wegen der Feiern zum 1. Mai 2004 zu einem endgültigen Urteil gekommen war. Es lautet auf ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Bewährung. Mahmoud wurde sofort verhaftet. Aus Protest gegen die hinterhältige und illegale Art seiner Verhaftung verweigerte er die Unterschrift der Gerichtsdokumente. Ohne die Möglichkeit, Verwandte, Anwälte, Kollegen zu informieren oder auch nur seine Medikamente mitzunehmen, wurde er ins Sanadaj Zentralgefängnis gebracht. Eine seiner Nieren hat bereits versagt und die Verbleibende benötigt ständige medikamentöse Behandlung um sein Leben nicht zu gefährden. Bislang haben Mahmouds Anwälte das Urteil des Berufungsgerichts nicht zu Gesicht bekommen.

Wir fordern auch, dass die Grundrechte der iranischen GewerkschafterInnen wie sie in den Kernkonventionen der ILO festgelegt sind, respektiert und eingehalten werden. Die Inhaftierung der beiden Gewerkschaftsführer ist kein Einzelfall. Die iranische Regierung spricht von "Bedrohung der nationalen Sicherheit". In Wirklichkeit will sie aber unabhängige und regimekritische Gewerkschaftsarbeit unterdrücken. Die Unterdrückung eskaliert. Darum fordert die Demokratische Vereinigung der Flüchtlinge (DVF) und internationale Gewerkschaften sowie verschiedene Menschenrechtsorganisationen die sofortige Freilassung von Osanloo und Salehi.

Wir rufen alle freiheitsliebenden Menschen zu einer Kundgebung auf.

- Für die sofortige Freilassung von Mansour Osanloo und Mahmoud Salehi!
- Schluss mit der Verfolgung der iranischen ArbeiterInnen durch die Justiz!
- Für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation!
- Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Gewerkschafter!
- Für die Verurteilung der brutalen Vorgehensweise der Machthaber der Islamischen Republik Iran gegen die ArbeiterInnen!

**Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge
(DVF)**



Iran ist kein Rechtsstaat!

Internationalen Tag der Frauen Protest gegen die Situation der Frauen im Iran



Vor 100 Jahren am 8. März 1908 demonstrierte in New York die „Social Democratic Women's Society“ für das Frauenwahlrecht. Bei der „Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen“ 1921 wurde schliesslich der 8. März zum „Internationalen Frauentag“ erklärt, um die Bedeutung der Frauen für die Revolution hervorzuheben. Die Rebellion der St. Petersburger Arbeiterinnen und Kriegswitwen am 8. März 1917 war der Startschuss für den Sturz der zaristischen Tyrannei.

Heute ist die Frauenrechtsbewegung im Iran wieder die Vorhut einer revolutionären Bewegung der Freiheit und Gleichheit. Während bedauerlicherweise weite Teile der hiesigen Linken sich in ihren ideologischen Schützengräben eingraben und Emanzipationspotenzial entweder in US-amerikanische F16-Bomber oder in eine Querfront mit dem Politischen Islam hineinfabulieren, zeigt sich für jeden und jede, der und die projektionsfrei auf den Iran blicken, unzweifelhaft wer das Subjekt für eine fortschrittliche Perspektive ist. Die freiheitsliebenden Menschen im Iran bringen ihren Protest gegen das menschenverachtende Mullah-Regime Tag für Tag zum Ausdruck – auf der Strasse, in den Universitäten, in den Fabriken, in Kurdistan. Trotz der Repressionen des islamitischen Regimes und ihrer Hizbollah-Bluthunde, die jede emanzipatorische Regung im Keim zu ersticken

versuchen. Selbst das „harmlose“ Sammeln von Unterschriften für die gesetzliche Gleichstellung der Geschlechter wird mit Gefängnis und Folter vergolten.

Heute begehen wir den internationalen Tag der Frauen. Zur gleichen Zeit hängt im Iran der Schatten von diskriminierenden Gesetzen des islamischen Regimes über den Köpfen der iranischer Frauen. Die Politik, die Männer und Frauen strikt voneinander trennt, zeigt sich heute am stärksten. Indem das aggressive Regime den Kampf schürt, nimmt es der Bevölkerung alle Ruhe und den Frieden. Im heutigen Iran, in welchem die Mullahs und religiöse Fanatiker die Macht haben, werden die Menschenrechte fortwährend verletzt. Frauen, Kinder und alle Opfer des Bösen und der Ungerechtigkeit finden keinen Schutz. Die Krankheit der Gesellschaft und der Armut nehmen immer mehr das Gesicht der Frauen an. In dieser Situation kämpfen Frauen ohne Unterlass für die Erlangung der Menschenrechte, der Bürgerrechte, ihrer Rechte als Frauen und für ein selbstbestimmtes Leben.

1. **Wir verurteilen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Frauen- und Kinderrechtsverletzungen im Iran.**
2. **Wir verurteilen aggressive Politik, welche die Unsicherheit, Armut und Grobheit, den Menschen, insbesondere den Frauen und Kindern gegenüber vergrößert.**
3. **Wir verurteilen die körperlichen, geschlechtlichen, seelischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verletzungen gegenüber Frauen.**
4. **Wir verurteilen jede geschlechtlich begründete Ungleichbehandlung in den Bereichen Macht und Entscheidungsfreiheit.**
5. **Wir verurteilen die Verbreitung der verächtlichen Blicke gegenüber Frauen.**

Der 8. März ist in vielen Staaten dieser Welt ein Tag der Freude, des Flugs der Freiheitstauben im Himmel der Freundschaft zwischen Männern und Frauen. Wir ehren den 8. März als Tag der Vereinigung der Frauen aller Welt.

**Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge
(DVF)** □

Iran ist kein Rechtsstaat!

Gasvertrag mit Iran: Schweiz im Kreuzfeuer der Kritik

Der Besuch von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey im Iran wirft weitere Wellen. Israel zitierte den neuen Schweizer Botschafter in Jerusalem, und die USA erneuerten ihre Kritik am Gasliefervertrag.

Israel bedaure die Reise Calmy-Reys und betrachte sie als «eine Israel gegenüber nicht freundliche Handlung», teilte die Botschaft Israels in Bern mit. Dies habe der stellvertretende Generaldirektor für West-Europa, Rafi Barak, im Gespräch mit dem Schweizer Botschafter Walter Haffner zum Ausdruck gebracht.

Zudem sei Israel der Ansicht, dass nach der Verabschiedung der Resolution 1803 des UNO-Sicherheitsrates und zu einem Zeitpunkt, da die internationale Gemeinschaft den Iran zur Aufgabe seines Atomprogrammes bewegen wolle, nicht der passende Moment sei, um Geschäfte mit dem Iran zu fördern.

Die Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL) hatte mit der iranischen Gasexport-Gesellschaft einen Liefervertrag abgeschlossen. Dabei geht es um die Lieferung von jährlich 5,5 Milliarden Kubikmetern Gas an die EGL ab 2011.

(KANOUN hat bereits in der Ausgabe Juli 2007 darüber berichtet)

Kritik aus Washington

Auch die USA erneuerten ihre Kritik am Gasliefervertrag zwischen der Schweiz und dem Iran. Dieses Mal kam die Kritik aus Washington selbst, und zwar vom stellvertretenden Sprecher des US-Aussenministeriums, Tom Casey.

«Wir glauben nicht, dass es die Zeit für Investitionen im Iran ist, nicht nur im Öl- oder Gasbereich, sondern grundsätzlich in die iranische Wirtschaft», sagte Casey.

Die US-Botschaft in Bern hatte vorher den Vertragsabschluss kritisiert. Dieser verstosse gegen den Geist der Sanktionen gegen den Iran wegen des Atomstreits. Die USA wollten nun überprüfen, ob der Vertrag nicht gegen US-Sanktionen verstosse.

Erstmals Kritik von der SP



SP-Politiker tadeln ihre Aussenministerin Micheline Calmy-Rey: Ihr Besuch in Iran sei nicht nur überflüssig – sie habe den im Westen völlig isolierten Präsidenten Ahmadinejad geradezu hofiert. Irans Staatspräsident Machmud Ahmadinejad wird von der westlichen Welt gemieden. Er ist fasziniert von Hitler, leugnet den Holocaust und predigt die Vernichtung Israels.

Diesen Mann hat Aussenministerin Micheline Calmy-Rey in Teheran besucht – Bilder zeigen, wie sich die beiden auf herzliche Art unterhalten. Und dies nur zwei Tage nach den von internationalen Beobachtern als «Farce» kritisierten Wahlen im Mullah-Staat.



«Würdelos» habe sich Calmy-Rey präsentiert, findet der Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross. Gross findet, die SP-Bundesrätin hätte offen und deutlich Kritik am iranischen Regime äussern müssen. Doch Calmy-Rey sei halt ein «unheimlicher Machtmensch».

Dem Demokratieexperten geht es nicht darum, solche Länder zu isolieren, doch: «Geschäfte machen ist das eine, zu hofieren das andere.» Selbst Parteipräsident Christian Levrat ist es nicht wohl bei der Sache. «Das gehört zu ihrem Job als Aussenministerin. Es ist freilich eher die Schattenseite.»

Schwerer wiegt ohnehin die Kritik, wonach sich Calmy-Rey als «Handelsreisende für die Axpo» betätigt habe, wie Susanne Leutenegger Oberholzer (BL) meint. «Höheren moralischen Ansprüchen muss sie nicht genügen. Die Schweiz hat schliesslich eine Tradition, mit Unrechtsregimes zu geschäften.»

Iran ist kein Rechtsstaat!

Feiern des iranischen Neujahr vor dem Teheraner Ewin-Gefängnis!



Das Regime der Ajatollahs hat es mit sich gebracht, dass auch dieses Jahr die Angehörigen der politischen Gefangenen auf deren Beteiligung verzichten müssen. Drei Familien haben hierauf eine Antwort gefunden:

Sie haben die Sofreje Haft Sin (Sieben Sache, die mit S anfängt) vor den Mauern des Ewin-Gefängnisses gedeckt und Fotos von den inhaftierten Studenten auf das Tischtuch gelegt, damit sie wenigstens in dieser Form anwesend sein können.



Madrid: Iranischer Regimekritiker ermordet



Am Donnerstag, den 21. März 2008, wurde in La Moraleja (Alcobendas), Region Madrid, der 82-jährige Iraner Manutschehr Farhangi mit drei Messerstichen in den Bauch ermordet.

Manutschehr Farhangi stammt aus einer zoroastrischen Familie im Iran und hatte dort vor der Revolution von 1979 zusammen mit seinen Brüdern eines der grössten Pharmaunternehmen des Landes gegründet. Als er in London war, wurde sein Unternehmen geplündert und sein Haus und seine Bibliothek in Teheran in Brand gesetzt. Manutschehr Farhangi liess sich darauf in Spanien nieder, gründete dort eine renommierte internationale Schule und gehörte dort zu den wohlhabendsten Iranern.

Am Vortag hatte er eine Frau kritisiert, die ein Plakat aufhängte, das für die Islamische Republik Iran Propaganda machte.

Als am 21.3.2008 mittags jemand klingelte und er die Tür öffnete, versetzte ihm eine 28 bis 30-jährige Frau drei Messerstiche und flüchtete. Die Polizei hofft, dass Manutschehrs Sohn, der ihn bei dem Vorfall mit dem Plakat begleitet hatte, anhand der Videoaufnahmen aus Kameras in der Umgebung feststellen kann, ob die Täterin und die Plakatkleberin identisch sind.

Ein Kommentar bezeichnete es als verwunderlich, dass in so einem wohlhabenden Viertel wie La Moraleja ausgerechnet Plakate für die Islamische Republik Iran aufgehängt werden.



Europäische Union kritisiert die Parlamentswahlen im Iran

Die Europäische Union hat die Parlamentswahlen im Iran scharf kritisiert. Die Wahlen seien «weder frei noch fair» verlaufen, erklärte die EU in der Nacht in Brüssel.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Die EU bedauere, dass die Wahlen nicht den internationalen Standards entsprochen hätten und nicht wirklich frei gewesen seien. Die Kritik bezieht sich vor allem darauf, dass mehr als ein Drittel der ursprünglichen Kandidaten von dem Urnengang ausgeschlossen worden waren. Iran müsse künftig gewährleisten, dass die Bevölkerung die Wahl unter allen Bewerbern habe, heisst es in der Erklärung.

Ungereimtheiten bei Auszählung der Scheinwahlen im Iran

بناگاه اطلاع رسانی وزارت کشور
IRAN'S PORTAL
پست الکترونیکی

بازگشده

بکتنه ۱۳۸۶/۱۲/۲۶
نتایج شمارش آرا در ۲ هزار و ۸۸۰ صندوق در حوزه انتخابیه تهران و اسلامشهر (۲۷)

نتایج اولیه شمارش آرا در ۲ هزار و ۸۸۰ صندوق در حوزه انتخابیه تهران - ری - شمیرانات و اسلامشهر

به گزارش پایگاه اطلاع رسانی وزارت کشور، این نتایج عبارتند از:
غلامعلی حداد عادل با ۶۰۵۸۸۵ رأی (۳۷/۹۴ درصد)
مرتضی آقا تهرانی با ۴۱۴۴۸۰ رأی (۳۳/۷۹ درصد)
احمد توکلی با ۴۰۶۰۱۶ رأی (۳۳/۱۲ درصد)
علی مطهری با ۳۸۸۶۳ رأی (۳۱/۵۶ درصد)
حسن عظیمی فرد با ۳۵۶۶۱ رأی (۲۹/۴۱ درصد)
محمدرضا باهنر با ۳۹۱۸۲۴ رأی (۳۱/۰۰ درصد)
سیدشهاب الدین صدر با ۳۳۰۰۰ رأی (۲۹/۹۶ درصد)

به گزارش پایگاه اطلاع رسانی وزارت کشور، این نتایج عبارتند از:
غلامعلی حداد عادل با ۶۰۵۸۸۵ رأی (۳۷/۹۴ درصد)
مرتضی آقا تهرانی با ۴۱۴۴۸۰ رأی (۳۳/۷۹ درصد)
احمد توکلی با ۴۰۶۰۱۶ رأی (۳۳/۱۲ درصد)

Das iranische Innenministerium hat widersprüchliche Angaben zu den Parlamentswahlen vom Freitag, den 14. März 2008, gemacht. Eine Bildschirmkopie von der Webseite des Innenministeriums ist oben zu sehen.

Angeblich erhielt Ghollamali Haddad Adel in Teheran 605.885 Stimmen, laut Innenministerium somit 37,94 Prozent der Stimmen. Er war der Kandidat Nr. 1 auf den drei wichtigsten Wahllisten. Die zweite Person war Morteza Tehrani mit 414.480 Stimmen, laut Innenministerium 33,79 Prozent der Stimmen. Rechnet man aus der ersten Prozentangabe auf die Gesamtzahl der Stimmen (100%) zurück, erhält man 1`596`955 Stimmen, während man bei der zweiten Prozentangabe nur eine Gesamtzahl 1`226`635 von Stimmen erhält. Oder anders ausgedrückt: 605.885 geteilt durch 414.480 macht 1,461, während 37,94 Prozent geteilt

durch 33,79 Prozent 1,123 ergibt. Das heisst, der Kandidat Ghollamali hat nach den Stimmen 46,1 Prozent mehr als Morteza, nach der Prozentangabe nur 12,3 Prozent mehr als Morteza.

Man dreht es, wie man will, da ist einfach der Wurm drin.

In der Sache ändert es freilich wenig: Denn die Tochter von Ghollamali Haddad Adel ist mit dem Sohn von Ayatollah Chamenei verheiratet, und Morteza Tehrani ist ein Schüler von Ayatollah Mesbahe Yasdi (ein Konkurrent des Revolutionsführers Chamenei). Morteza Tehrani wurde von Präsident Ahmadinejad als Lehrer des Ministerkabinetts eingesetzt, der den Ministern islamische Sitten beibringen soll! Wen soll man da wählen?

Ferner behauptete das Innenministerium dass 40 % von 6.5 Mio. (d.h. 2.6 Mio. Menschen) der Wahlberechtigten in Teheran an den Wahlen teilgenommen hätten. Wie wir anhand obiger Prozentangaben ausrechnen können, haben aber nur 1,6 oder 1,2 Millionen Wähler eine Stimme abgegeben, das entspräche einer Wahlbeteiligung von 24,6% oder gar nur von 18,5%. Sofern überhaupt eine der veröffentlichten Angaben stimmt.

Ein Korrespondent des "Independent" war vor Ort in Teheran und hat vor allem Jugendliche interviewt. Die meisten von ihnen waren Studentinnen und Studenten. Sie sagten ihm ganz offen, dass sie an diesen Wahlen nicht teilnehmen würden.

Eine unabhängige Website namens "Salam Demokrat" hat ebenfalls berichtet, dass die Teheraner diese Wahlen weitgehend boykottiert haben und unter 30% Wahlbeteiligung erreicht wurden. Sie berief sich auf Quellen aus dem Umfeld der Regierung. Über Kurdistan berichtete "Salam Demokrat", dass die Wahlbeteiligung in verschiedenen Städten (Sanandaj, Mahabad, Bane, ...) zwischen 10 und 20 % lag. D.h. 80 bis 90% der dortigen Bevölkerung hat die Wahlen boykottiert. Zu Azerbaijan gab es ebenfalls Berichte über sehr geringe Prozentsätze der Beteiligung an den Wahlen.

Iran: Unfreie Wahlen

Zu den heute stattfindenden Parlamentswahlen in Iran erklärt Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen:



"Die Parlamentswahlen in Iran sind keine freien Wahlen. Das religiöse Staatsoberhaupt, die iranische Justiz, der Präsident und der Wächterrat haben bereits im Vorfeld der Wahlen massiv Kandidaturen verhindert. Im Ergebnis wird den iranischen Wahlberechtigten keine freie Wahl gelassen.

Millionen Iranerinnen und Iraner, die mit der politischen und ideologischen Ausrichtung der Staatsführung und Präsident Ahmadinejad unzufrieden sind, werden durch diese selektive Zulassung von Kandidatinnen und Kandidaten völlig ausgegrenzt und sind nicht vertreten. Es gibt für sie keine Alternativen zu den zugelassenen vorsortierten KandidatInnen.

Eine der Staatsführung passende parlamentarische Mehrheit steht somit bereits vor der Schliessung der Wahllokale fest. Solche Wahlen sind unfrei, unfair und undemokratisch.

Die massive Verhinderung von kritischen Stimmen im Vorfeld der Wahlen, die Zunahme des Drucks auf Frauenaktivistinnen, die Welle von Verhaftung und die Drangsalierung der wenigen Journalisten der freien Print- und Internetmedien waren die unheiligen Vorboten der stark eingeschränkten demokratischen Rechte der Bevölkerung.

Der Iran steht vor grossen Herausforderungen. Trotz der sprudelnden Öleinnahmen befindet sich das Land in permanenter Krisensituation. Nicht nur die Sozial- und Wirtschaftspolitik sind Beispiele des verheerenden Versagens der Regierung von Ahmadinejad. Von dem neuen Parlament ist dabei wenig zu erwarten."



Neue Resolution des UN-Sicherheitsrates verhärtet Wirtschafts-sanktionen gegen

Iran

NEW YORK/ UNO, 04. März

Der UN-Sicherheitsrat hat eine neue Resolution angenommen, die die Wirtschaftssanktionen gegen Iran wegen seiner Weigerung verhärtet, die Forderungen der beiden vorangegangenen Resolutionen zu erfüllen und die Urananreicherung einzustellen.

Die Resolution wurde mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung (Indonesien) angenommen.

Die dritte Resolution in den letzten beiden Jahren sieht ein Verbot für Auslandsreisen einer Reihe von Personen, die an der Ausarbeitung des iranischen Atomprogramms teilnehmen, die Kontensperrung einiger iranischer Firmen und Banken sowie die Kontrolle der grenzüberschreitenden Güter vor.

Die Sanktionen breiten sich nicht auf das Atomkraftwerk Bushehr aus, das mit russischem Beistand gebaut wird, und prädestinieren keine Anwendung von Gewalt.

Teheran werden 90 Tage für Erfüllung der angenommenen Resolution zur Verfügung gestellt.

In der Resolution wird betont, dass Iran nicht die Tätigkeit ausgesetzt hat, die mit der Urananreicherung und dem Bau eines Schwerwasserreaktors zusammenhängt, sowie die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) bezüglich des Zusatzprotokolls nicht wieder aufgenommen hat.

Der UN-Sicherheitsrat hat die Staaten aufgerufen, bei der Bereitstellung neuer Kredite für natürliche und juristische Personen Irans „Wachsamkeit zu zeigen“, und betont, dass sich die Einschränkungen nicht auf humanitäre Aspekte der Zusammenarbeit erstrecken.

Die Sanktionen und Einschränkungen gelten für 18 natürliche Personen, die Atom- und Raketenprogramme ausarbeiten, und für zwölf iranische Unternehmen.

In der Resolution steht; der UN-Sicherheitsrat „ist darüber besorgt, dass Iran das Recht der IAEO anfecht, Informationen über seine Nuklearobjekte zu überprüfen“.



Scharfe Kritik der Europäer an Teheran

Wien, 5. März

Im Gouverneursrat, dem Exekutivorgan der Uno-Atombehörde in Wien, haben Deutschland, Frankreich und



Grossbritannien in einer gemeinsamen Stellungnahme die Versäumnisse Teherans gegenüber den Forderungen des Uno-Sicherheitsrates sowie der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) angeprangert. Iran sei von der IAEA und dem Sicherheitsrat schon mehrmals aufgefordert worden, seine früheren Nuklearaktivitäten offenzulegen, die Urananreicherung einzustellen und detaillierte Inspektionen der Atombehörde zuzulassen. Die Vereinigten Staaten schlossen sich der Forderung an Teheran an, die Auflagen des Sicherheitsrats zu erfüllen und damit den Weg für Verhandlungen zu ebnen.

Neuer Verdacht gegen den Iran

IAEO sieht Indizien für Atomwaffen-Pläne

Der Verdacht, dass der Iran Atomwaffen entwickelt, verdichtet sich wieder. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien konfrontierte Teheran mit westlichem Geheimdienstmaterial, aus dem hervorgeht, dass Teheran an einem nuklearen Gefechtskopf für ballistische Flugkörper arbeitet. Darunter befindet sich der Entwurf eines Wiedereintrittskörpers, der auf die Mittelstreckenrakete Shahab-3 passt. Der iranische Botschafter bei der IAEO, Ali Ashgar Soltanieh, hat die Papiere als Fälschungen zurückgewiesen.

Der Leiter des Inspektorenteams der IAEO, Olli Heinonen, sagte: „Der geplante Wiedereintrittskörper (der so heisst, weil er den Sprengstoff beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre vor der vorzeitigen Explosion schützt) ist so konzipiert, dass er in 600 Meter über dem Erdboden eine Detonation auslösen könnte. Militärisch wäre ein solches Gerät nur sinnvoll, wenn die Rakete mit der Codebezeichnung P-111 einen Atomsprengsatz trüge.“

Iran verbietet Zeitschriften wegen Schauspielerinnen ohne Kopftuch

Berichte über "dekadentes Leben" unterbunden

Nach der Veröffentlichung von Fotos ausländischer Schauspielerinnen ohne islamisches Kopftuch haben die iranischen Behörden neun Zeitschriften verboten.

Wie die Nachrichtenagentur ISNA berichtete, rügte die Kommission zur Überwachung der Presse die Publikation von Fotos "korrupter, ausländischer Schauspieler" und Berichte über deren "dekadentes Leben". Sie beanstandete demnach ausserdem den Abdruck "nicht mit der Moral vereinbarer Berichte" sowie "Werbung für verbotene Medikamente".

Die verbotenen Zeitschriften hatten unter anderem Fotos unverschleierter Schauspielerinnen aus dem Ausland und auch dem Iran veröffentlicht. Unter dem ultrakonservativen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad wird die Presse streng überwacht. □

Teheran wies schwedischen Diplomaten aus

Iran hat jetzt einen schwedischen Diplomaten „wegen Aktivitäten“ des Landes verwiesen, „die mit dem Status eines diplomatischen Mitarbeiters nicht vereinbar sind“.

Das teilte Mohammad Ali Hosseini, der offizielle Sprecher des iranischen Aussenministeriums, in Teheran mit.

„Der Botschafter Schwedens wurde ins Aussenministerium Irans zitiert, wo ihm erklärt wurde, dass das Verhalten eines der Diplomaten dieses Landes nicht den diplomatischen Normen entspricht“, hiess es. „Wir haben gefordert, dass dieser Diplomat Iran verlässt.“

Der Schritt der iranischen Behörden war eine Reaktion auf den Beschluss Stockholms vom Anfang dieses Jahres, einen Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung Irans auszuweisen.

Laut einigen Angaben hatte er Informationen über die in Schweden lebenden iranischen Oppositionelle und Asylsuchende gesammelt.

Im Januar hatte Iran bereits einen deutschen Diplomaten des Landes verwiesen. □

Iran ist kein Rechtsstaat!